



## **Stellungnahme zu den Wahlprüfsteinen des LSVD NRW**

**06.03.2017**

Als freiheitliche Partei vertritt die AfD die Ansicht, dass jeder Bürger selbst über seine Lebensform entscheiden darf. Die sexuelle Orientierung eines Menschen ist Privatsache und darf keine Auswirkungen auf seine gesellschaftliche Stellung oder auf sein berufliches Fortkommen haben. Auch respektiert die AfD uneingeschränkt die eingetragene Lebenspartnerschaft homosexueller Paare. Eine vollständige Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe lehnt die AfD allerdings wegen der damit verbundenen steuerlichen Vorteile ab. Dies ist nicht als Diskriminierung alternativer Lebensformen zu verstehen sondern als besondere Förderung der Institution Ehe und Familie im klassischen Sinn. Die Ehe aus Mann und Frau ist bis heute die Form des Zusammenlebens, aus der mit Abstand die meisten Geburten hervorgehen und daher gesamtgesellschaftlich von sehr hoher Bedeutung. Die AfD fordert daher grundsätzlich eine Stärkung der traditionellen Familie.

Homophobe Gewalttaten lehnen wir wie alle Straftaten ab und fordern für die Strafverfolgung und die Sicherheit aller unserer Bürger eine personell wie technisch adäquat ausgestattete Polizei.

Die AfD hat sich bislang in ihrer Familienpolitik auf die drängenden Probleme von Familien, Senioren und Alleinerziehenden fokussiert, da diese Gruppen trotz ihres immensen Anteils an der Gesamtbevölkerung unter großen Ungerechtigkeiten in der Besteuerung, bei den Sozialabgaben, im Rentenrecht und in der gesellschaftlichen Anerkennung leiden. Detaillierte Forderungen im Minderheitenrecht sind hingegen auf Landesebene noch nicht ausgearbeitet worden.

Auch zum Adoptionsrecht von sogenannten Regenbogenfamilien ist die innerparteiliche Positionierung noch nicht abgeschlossen.

Die AfD lehnt die zunehmende Vermittlung sexueller und geschlechtlicher Identitäten in Kitas und Schulen (Stichwort Frühsexualisierung) sowie eine einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Schulunterricht ab. Ein vorurteilsfreier Umgang mit minderheitlichen sexuellen Orientierungen in allen öffentlichen Einrichtungen ist für uns selbstverständlich.

Innerhalb der AfD wurde 2014 die „Bundesinteressengemeinschaft Homosexuelle in der AfD“ gegründet, die aktiv die Interessen Homosexueller in der Partei vertritt.